

## Insolvenzstrafrecht

Bearbeitet von  
Von Prof. Dr. Gerhard Dannecker, Thomas C. Knierim, Rechtsanwalt, und Dr. Robin Smok

3., neu bearbeitete Auflage 2018. Buch. XXXVI, 571 S. Softcover  
ISBN 978 3 8114 3971 9

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Insolvenzrecht,  
Unternehmenssanierung

Zu Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i> .....	V
<i>Vorwort</i> .....	VII
<i>Inhaltsübersicht</i> .....	IX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XXXI

## Teil 1

### Grundfragen des Insolvenz- und Insolvenzstrafrechts

A. Praktische Bedeutung der Insolvenzen und ihre Bedeutung für die strafrechtliche Praxis .....	1
I. Allgemeiner Überblick zur Insolvenzentwicklung in Deutschland .....	2
II. Überblick über die einzelnen Insolvenzstraftaten .....	8
III. Kriminalstatistische Entwicklungen im Bereich des Insolvenzstrafrechts .....	9
IV. Praktische Bedeutung des insolvenzrechtlichen Gläubigerschutzes ...	9
B. Historische Entwicklung .....	10
I. Entwicklung des Konkurs-/Insolvenzstrafrechts auf nationaler Ebene .....	10
1. Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 29.7.1976 (1. WiKG) .....	10
2. Alternativ-Entwurf „Straftaten gegen die Wirtschaft“ .....	12
3. Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen (Bauforderungssicherungsgesetz – BauFordSiG) .....	12
4. Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 und Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 19.12.1998 .....	13
5. Gesetz zur Änderung der Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 26.10.2001 und Gesetz zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens vom 13.4.2007 .....	14
6. Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen .....	15
7. Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG)/Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte/Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen .....	16

II. Entwicklung des Konkurs-/Insolvenzstrafrechts auf europäischer Ebene .....	17
C. Geschützte Rechtsgüter und Systematik des Insolvenzstrafrechts .....	20
I. Geschützte Rechtsgüter der Insolvenzdelikte .....	20
1. Schutz individueller Rechtsgüter .....	21
2. Schutz überindividueller (sozialer) Rechtsgüter .....	25
3. Bedeutung der Rechtsgutsdiskussion für die strafrechtliche Praxis .....	28
II. Systematik der Insolvenzdelikte .....	28
III. Sonderdelikte .....	28
1. Schuldner .....	28
2. Geschäftsführer und vertretungsberechtigte Gesellschafter .....	29
3. Faktischer Geschäftsführer .....	30
4. Teilnahme .....	31
D. Grundbegriffe der Insolvenz .....	31
I. Strafrechtlich relevante Begriffe und ihre Definition .....	31
1. Krise als Oberbegriff .....	31
2. Überschuldung .....	33
a) Der insolvenzrechtliche Überschuldungsbegriff .....	33
b) Der strafrechtliche Überschuldungsbegriff .....	36
3. Zahlungsunfähigkeit .....	37
a) Die insolvenzrechtliche Zahlungsunfähigkeit .....	38
b) Der strafrechtliche Krisenbegriff der Zahlungsunfähigkeit ....	41
4. Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	46
a) Der insolvenzrechtliche Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	46
b) Das strafrechtliche Krisenmerkmal der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	49
5. Keine strikte Insolvenzrechtsakzessorietät der Krisenbegriffe des § 283 StGB .....	50
II. Umfeldbedingungen .....	52
1. Markteinflüsse, Unternehmensfinanzierung, Sozialstruktur .....	52
2. Gesellschafter und Gläubiger .....	52
3. Auslandsinsolvenz .....	53
E. Das Insolvenzverfahren .....	54
I. Einführung .....	54
1. Änderungen auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens .....	54
2. Zulässigkeit, Voraussetzungen, Ablauf und Wirkungen eines Insolvenzverfahrens .....	55

3. Strafrechtliche Konsequenzen der Eröffnung des Insolvenz- verfahrens . . . . .	59
II. Insolvenzgericht . . . . .	59
III. Insolvenzverwaltung . . . . .	60
1. Verwaltung und Verwertung . . . . .	60
a) Sicherung der Insolvenzmasse . . . . .	60
b) Entscheidung über die Verwertung . . . . .	60
c) Gegenstände mit Absonderungsrechten . . . . .	61
2. Befriedigung der Insolvenzgläubiger und Einstellung des Verfahrens . . . . .	61
a) Feststellung der Forderungen . . . . .	61
b) Verteilung der Insolvenzmasse . . . . .	62
c) Einstellung des Insolvenzverfahrens . . . . .	63
3. Der Insolvenzverwalter als Erkenntnisquelle . . . . .	64
IV. Stellung der Gläubiger, insbesondere öffentlicher Stellen und der Sozialversicherung . . . . .	65
1. Das Finanzamt als Gläubiger des Gemeinschuldners . . . . .	65
2. Sozialamt und Sozialversicherungsträger als Gläubiger eines Schuldners . . . . .	71
a) Sozialamt und Sozialversicherungsträger als Gläubiger eines Schuldners in der Insolvenz . . . . .	71
b) Das Sozialamt als Gläubiger eines Schuldners vor der Insol- venz . . . . .	71
c) Der Sozialversicherungsträger als Gläubiger eines Schuldners vor der Insolvenz . . . . .	71
V. Stellung des Schuldners im Insolvenzverfahren . . . . .	72
1. Verlust von Rechten . . . . .	72
2. Auferlegung von Pflichten . . . . .	72
a) Auskunftspflichten des Schuldners . . . . .	74
b) Mitwirkungspflichten des Schuldners . . . . .	77
c) Sonstige Pflichten des Schuldners . . . . .	79
F. Verzahnung von Insolvenzrecht und Insolvenzstrafrecht . . . . .	80
I. Normauslegung und Normausfüllung . . . . .	80
1. Blankettgesetzgebung . . . . .	80
2. Tatbestandliche Bestimmtheit . . . . .	81
3. Leichtfertige Begehungsweise/Berufsfahrlässigkeit im Wirtschafts- strafrecht . . . . .	82
II. Wahrheitsermittlung und Selbstbelastungsfreiheit . . . . .	83
1. Selbstbelastungsfreiheit . . . . .	83
2. Beweisverbote . . . . .	84
a) Allgemein . . . . .	84
b) Besonderheiten im Insolvenzstrafrecht . . . . .	84

aa) Der Gemeinschuldnerbeschluss des Bundesverfassungsgerichts .....	84
bb) Beweisverwendungsverbot des § 97 Abs. 1 S. 3 InsO ....	85
c) Beweisverwertungsverbote bei Urteilsabsprachen .....	89
III. Sicherung der Masse durch Außenstehende, Eingriffe in die Unternehmensorganisation .....	90
1. Sicherung der Masse durch Außenstehende .....	90
a) Bildung eines Gläubigerpools .....	90
aa) Vom Poolvertrag im Allgemeinen und dem Sicherungspool im Besonderen .....	90
bb) Der Bankenpool .....	91
(1) Grundlagen .....	91
(2) Der krisengeborene Sanierungspool .....	92
(3) Der krisengeborene Verwertungspool .....	94
cc) Privat- und insolvenzrechtliche Gesichtspunkte .....	94
dd) Resümee .....	96
b) Einrichtung eines Gläubiger-Fonds .....	97
c) Gründung von Auffang-, Sanierungs- oder Betriebsübernahmengesellschaften .....	98
2. Eingriffe in die Unternehmensorganisation .....	99
IV. Maßnahmen zur Massesicherung und zur Befriedigung von Gläubigern .....	99
1. Insolvenzanfechtung .....	99
2. Absonderung .....	100
3. Aussonderung .....	101
V. Auswirkungen der Insolvenz auf die soziale Stellung des Mandanten .....	102
1. Bonitätsverschlechterungen .....	102
2. Beschränkungen bei öffentlichen Aufträgen .....	102
3. Beschränkung der Berufsfreiheit .....	103
4. Versagung der Restschuldbefreiung .....	103
G. Prozessuale Besonderheiten .....	105
I. Ermittlungsanlässe .....	105
1. Betriebswirtschaftliche Prüfungen .....	105
2. Auswertung wirtschaftskriminalistischer Beweiszeichen .....	106
3. Strafanzeige .....	106
a) Überlegungen im Vorfeld .....	106
b) Anforderungen an den Inhalt einer Strafanzeige .....	108
c) Rechtsmissbräuchliche Anzeigen .....	109
d) Konsequenzen einer Strafanzeige .....	109
4. Selbstanzeige des Schuldners .....	110
5. Zufallsfunde im Sinne von § 108 Abs. 1 StPO .....	111

6. Sonstige Ermittlungsanlässe .....	112
II. Untersuchungsspektrum .....	115
1. Auswertung von Betriebsprüfungen .....	115
2. Auswertung von Angaben im Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO .....	116
3. Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit anderen Institutionen .....	117
a) Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen auf nationaler Ebene .....	118
aa) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ..	118
bb) Bundeszentralamt für Steuern .....	119
cc) Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst beim Finanzamt Wiesbaden I, IZ-Steufa .....	120
dd) Bundesagentur für Arbeit (BfA) .....	120
ee) Industrie- und Handelskammern (IHK) .....	121
b) Zusammenarbeit mit privaten Institutionen auf nationaler Ebene .....	122
aa) Telekommunikationsanbieter .....	122
bb) Institutionen der freiwilligen Selbsthilfe .....	124
(1) Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e. V. (DSW) .....	124
(2) SCHUFA Holding AG .....	124
(3) Verband der Vereine Creditreform e.V. ....	125
(4) Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbrau- cherverbände .....	125
c) Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen .....	126
aa) Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) .....	126
bb) Europäisches Justizielles Netz für Strafsachen (EJN) .....	127
cc) Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union (Eurojust) .....	128
dd) Europäisches Polizeiamt (EUROPOL) .....	128
ee) Wirtschaftsprüferkammer .....	129
4. Auswertung von Erkenntnissen aus der Vernehmung des Beschul- digten .....	131
5. Auswertung von Erkenntnissen aus der Vernehmung von Zeugen .....	131
a) Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen gemäß § 55 StPO .....	131
aa) Bei Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils .....	131
bb) Bei fehlender Rechtskraft bezüglich des Straf- bzw. sonstigen Rechtsfolgenausspruchs .....	132
cc) Bei Vorliegen eines rechtskräftigen Freispruchs .....	133

b) Sachverhaltsaufklärung im Ermittlungsverfahren durch Fragebögen an Zeugen .....	133
III. Eingriffsbefugnisse .....	134
1. Durchsuchung und Beschlagnahme gemäß §§ 94 ff. StPO .....	134
a) Durchsuchung und Beschlagnahme in Privatwohnungen .....	135
b) Durchsuchung und Beschlagnahme in Geschäftsräumen .....	136
aa) In §§ 52 ff. StPO bezeichnete Personen .....	136
bb) Beschlagnahmefreie Gegenstände nach § 97 Abs. 1 StPO ..	142
cc) Ander-/Treuhandkonten .....	142
dd) Grenzen des Beschlagnahmeverbots .....	145
(1) Der Zeugnissverweigerungsberechtigte wird zum Beschuldigten .....	145
(2) Teilnahmeverdacht .....	145
(3) Buchhaltungs- und Geschäftsunterlagen als Tatwerkzeuge nach § 97 StPO .....	147
ee) Beschlagnahme von Unterlagen beim Syndikusanwalt ....	150
ff) Entbindung von der Schweigepflicht .....	150
(1) Entbindung durch das Geschäftsleitungsorgan der Insolvenzschuldnerin .....	150
(2) Entbindung durch den Insolvenzverwalter .....	151
(3) Entbindung durch den Insolvenzverwalter in Verbindung mit dem beschuldigten Geschäftsführer einer GmbH .....	152
(4) Stellungnahme .....	153
(5) Faktische Geschäftsführung .....	154
(6) Sonderfall: Beschlagnahme von Mandantenunterlagen beim Berater .....	154
(7) Belehrung .....	155
gg) Folgen des Beschlagnahmeverbots .....	156
hh) Beschlagnahme von Behördenakten (§ 96 StPO) .....	156
ii) Teilnahme eines Wirtschaftsreferenten .....	156
2. Beweissicherung im EDV-Bereich .....	157
a) Die Rolle der EDV-Beweissicherung .....	157
b) Durchsuchungen im EDV-Bereich .....	158
aa) Betroffene .....	158
bb) Inbetriebnahme von EDV-Anlagen .....	159
cc) Programmnutzung .....	159
dd) Umfang und Grenzen der Durchsuchungsbefugnisse .....	159
ee) Durchsuchungen mit Auslandsbezug .....	160
ff) Ausführung der Durchsuchung .....	161
gg) Durchsicht von Unterlagen .....	162
c) Beschlagnahme von Computerdaten .....	163

d) Strafprozessuale Mitwirkungspflichten .....	165
aa) Mitwirkungspflichten der Telekommunikationsdienst- leister .....	165
bb) Zeugenpflicht .....	165
cc) Editionspflicht (§ 95 StPO) .....	166
3. Telekommunikationsüberwachung gemäß §§ 100a ff. StPO .....	166
a) Heimliche Überwachung der Telekommunikation im IT-System (sog. „Quellen-TKÜ“) .....	167
aa) Anwendungsbereich und Grundrechtsrelevanz .....	167
bb) Anordnungsvoraussetzungen .....	168
cc) Mitwirkungspflichten von Telekommunikationsdienst- leistern .....	170
dd) Durchführung der Quellen-TKÜ .....	170
ee) Verfassungsrechtliche Bedenken .....	170
b) Online-Durchsuchung .....	171
c) Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und Zeugnisverweigerungsrecht .....	173
d) Verfahren .....	173
e) Erhebung von Verkehrsdaten .....	173
f) Technische Ermittlungsdaten bei Mobilfunkendgeräten .....	175
g) Bestandsdatenauskunft .....	175
h) Durchsicht von Papieren und elektronischen Speichermedien ..	176
IV. Wahrung von Verteidigungsinteressen, Pflichtverteidigung .....	176
1. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen .....	176
a) Besonderheiten bei Wirtschaftsstrafsachen .....	176
b) Sockelverteidigung .....	179
c) Unternehmensvertretung .....	180
2. Recht zur Stellung von Beweisanträgen .....	180
a) Inhalt des Beweisantrags .....	181
b) Form des Beweisantrags .....	181
c) Zeitpunkt der Antragstellung .....	181
d) Beweisermittlungsantrag .....	182
e) Ablehnungsbeschluss .....	182
f) Präsenze Beweismittel .....	183
3. Einzelfragen zur Akteneinsicht .....	183
a) Rechte des Beschuldigten bei Versagung der Akteneinsicht im Ermittlungsverfahren .....	183
b) Das Recht zur Akteneinsicht im Ausgangsverfahren nach Verfahrenstrennung .....	184
c) Die Beschuldigtenanhörung vor Erteilung der Akteneinsicht an den Verletzten .....	185



d) Einsicht in so genannte „Spurenakten“ .....	186
4. Besonderheiten der Pflichtverteidigung .....	186
V. Übernahme verfahrensfremder Ergebnisse .....	188
1. Private Ermittlungen des Geschädigten .....	188
a) Inhalt .....	188
b) Herkömmliche private Ermittlungen .....	189
aa) Zulässigkeit und Grenzen .....	189
bb) Verwertbarkeit der Ergebnisse .....	191
c) Compliance .....	191
2. Eigene Ermittlungen des Verteidigers .....	193

## Teil 2

### Verteidigung des Gemeinschuldners wegen Straftaten in der Unternehmenskrise

A. Insolvenzverschleppung, § 15a InsO .....	195
I. Einführung und Überblick .....	195
1. Normzweck .....	195
2. Historische Entwicklung .....	196
3. Praktische Bedeutung .....	197
II. Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung .....	198
1. Objektive Voraussetzungen .....	198
a) Tatbestandsrelevante Gesellschaftsformen .....	198
b) Insolvenzgründe .....	200
c) Antragsverpflichtete .....	200
d) Antragsfrist und Antragsform .....	203
2. Subjektive Voraussetzungen .....	206
a) Vorsatz .....	206
b) Fahrlässigkeit .....	207
3. Rechtswidrigkeit .....	208
4. Schuld .....	209
5. Täterschaft und Teilnahme .....	209
6. Versuch, Vollendung und Beendigung .....	209
7. Strafraumen .....	210
8. Verjährung .....	210
9. Konkurrenzen .....	211
III. Firmenbestattungen .....	211
1. Praktische Bedeutung .....	211
2. Strafbarkeit .....	214
a) Insolvenzverschleppung .....	214
b) Strafbarkeit nach weiteren Straftatbeständen .....	215
IV. Auslandsgesellschaften .....	216
V. Weitere Strafbarkeitsrisiken für den Geschäftsführer .....	218

1. Objektive Voraussetzungen . . . . .	219
2. Subjektive Voraussetzungen . . . . .	220
3. Strafraumen und Verjährung . . . . .	221
VI. Taten vor dem 1.11.2008 und ergänzende Regelungen durch das MoMiG . . . . .	221
VII. Praxis der anwaltlichen Beratung . . . . .	221
1. Strafrechtliche Situationsanalyse . . . . .	221
2. Allgemeine Prüfungsaufgaben des strafrechtlichen Beraters/Verteidigers . . . . .	224
3. Klärung der Unternehmenssituation . . . . .	225
4. Beratung und Belehrung über die Pflichten der Unternehmens- organe . . . . .	227
a) Pflichten der Geschäftsführungs- und Kontrollorgane . . . . .	228
b) Faktischer Geschäftsführer, Strohmann . . . . .	228
c) Mehrgliedrige Organe, Gesamtverantwortung . . . . .	231
d) Gesellschafter . . . . .	232
e) Pflicht zum Krisenmanagement . . . . .	232
f) Sanierungspflicht . . . . .	233
g) Zahlungsverbote . . . . .	234
h) Insolvenzantragspflicht . . . . .	235
B. Untreue, § 266 StGB . . . . .	236
I. Strafbarkeit wegen Untreue . . . . .	236
1. Allgemeines . . . . .	236
2. Missbrauchstatbestand . . . . .	241
a) Wirksame Verfügungs- oder Verpflichtungsbefugnis . . . . .	241
b) Fremdes Vermögen . . . . .	242
c) Fremdnützige Vermögensbetreuungspflicht . . . . .	243
d) Tathandlung . . . . .	245
e) Einverständnis . . . . .	249
f) Kausalität . . . . .	254
3. Treuebruchtatbestand . . . . .	254
a) Pflicht zur Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen . . . . .	254
b) Qualifizierte Vermögensbetreuungspflicht . . . . .	256
c) Tathandlung . . . . .	260
d) Einverständnis . . . . .	262
e) Kausalität . . . . .	262
4. Vermögensschaden . . . . .	262
a) Allgemeines . . . . .	262
b) Fallgruppen . . . . .	263
5. Subjektive Tatseite . . . . .	264
a) Vorsatz . . . . .	264
b) Irrtum . . . . .	264

6. Versuch, Vollendung, Beendigung .....	266
7. Täterschaft, Teilnahme .....	266
8. Strafantrag .....	267
9. Konkurrenzen .....	267
10. Rechtsfolgen .....	268
II. Fallgruppen, Besonderheiten .....	269
1. Unterlassene Vermögensmehrung .....	269
2. (Schadensgleiche) Vermögensgefährdung .....	269
3. „Schwarze Kassen“ .....	272
4. Cash-Pooling im Konzern .....	274
5. Zuwendungen an Dritte .....	276
a) Begriffsbildung .....	276
b) Abgrenzung der Untreue zu Korruptionsdelikten .....	277
6. Risikogeschäfte .....	284
7. Existenzvernichtung .....	285
III. Praxis der anwaltlichen Beratung .....	286
1. Haftungs- und Strafbarkeitsprobleme .....	286
2. Verteidigungsgrundlagen und -umfang .....	287
a) Mandatsannahme und Verteidigungsauftrag .....	287
b) Sachverhaltsklärung .....	288
c) Rechtsbesorgung und Vertretung .....	289
d) Beratung über Verhaltenspflichten .....	290
e) Schutzpflichten des Anwaltes .....	293
C. Betrug .....	294
I. Bedeutung .....	294
II. Tatbestandsvoraussetzungen .....	297
1. Täuschung über Tatsachen .....	297
2. Täuschungsbedingter Irrtum .....	299
3. Vermögensverfügung .....	300
4. Vermögensschaden .....	300
5. Subjektive Voraussetzungen .....	302
6. Täterschaft, Zurechnung .....	303
7. Vollendung und Beendigung .....	303
8. Strafraumen, Nebenfolgen .....	303
D. Weitere Delikte im Umfeld der Insolvenzen .....	304
I. Finanzierung geschäftlicher Aktivitäten, §§ 264 ff. StGB .....	304
1. Subventionsbetrug, § 264 StGB .....	305
a) Einführung .....	305
b) Tatbestandsvoraussetzungen .....	305
c) Täterschaft und Teilnahme .....	307
d) Tathandlungen .....	307

e) Strafverfolgung .....	309
2. Versicherungsmissbrauch, § 265 StGB .....	310
a) Einführung .....	310
b) Tatbestand .....	311
c) Subsidiarität .....	312
3. Kreditbetrug, § 265b StGB .....	312
a) Einführung .....	312
b) Beteiligte am Finanzierungsgeschäft .....	314
c) Falsche schriftliche Angaben für einen Kreditvertrag .....	315
d) Generelle Eignung zur Beeinflussung der Kreditentscheidung .....	316
e) Täterschaft und Teilnahme .....	316
f) Versuch, tätige Reue .....	317
g) Konkurrenz zu § 263 StGB .....	317
4. (Kredit-)Betrug, § 263 StGB .....	318
a) Täuschung über Tatsachen .....	318
b) Täuschungsbedingter Irrtum .....	320
c) Vermögensverfügung und Vermögensschaden .....	320
d) Subjektive Voraussetzungen .....	323
e) Versuch, Vollendung und Beendigung .....	323
f) Besonders schwerer Fall .....	324
g) Täterschaft und Teilnahme .....	325
II. Beitragsvorenthaltung, § 266a StGB .....	325
1. Arbeitgeber als Täter von § 266a Abs. 1–3 StGB .....	326
2. Arbeitnehmer als Beteiligte von § 266a Absätze 1–3 StGB .....	328
3. Beiträge zur Sozialversicherung als Tatmittel .....	330
4. Nichtabführen von Arbeitnehmerbeiträgen .....	331
5. Unmöglichkeit der Zahlung .....	332
6. Nichtabführen von Arbeitgeberbeiträgen .....	333
a) Unrichtige Mitteilungen des Arbeitgebers über die Versicherungs- schuld .....	334
b) Unterlassen von Mitteilungen .....	334
7. Sonstige Lohnneinbehalte .....	335
8. Vorsatz, Irrtum und Einwilligung .....	335
9. Versuch, Vollendung, Beendigung .....	336
10. Selbstanzeige, persönliche Straffreiheit .....	337
11. Konkurrenzen .....	338
III. Steuerhinterziehung, § 370 AO .....	340
1. Steuerliche Pflichten .....	340
2. Strafbarkeit .....	341

### Teil 3

#### Verteidigung des Gemeinschuldners wegen Straftaten im Insolvenzstadium

A. Schmälerungen der Masse (§ 283 Abs. 1 Nrn. 1–4 StGB) . . . . .	343
I. Zahlungseinstellung oder Eröffnung oder Ablehnung des Insolvenzverfahrens als objektive Strafbarkeitsbedingung . . . . .	343
II. Zusammenhang zwischen Bankrotthandlung, Krise und objektiver Strafbarkeitsbedingung . . . . .	344
III. Beeinträchtigung von Vermögensbestandteilen gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB . . . . .	347
1. Strafrechtliche Organ- und Vertreterhaftung nach § 14 StGB . . . . .	347
2. Vermögensbestandteile als taugliche Tatobjekte . . . . .	350
a) Sachen, Rechte und Ansprüche . . . . .	350
b) Immaterielle und sonstige Vermögensrechte . . . . .	351
c) Belastete Vermögensteile . . . . .	351
3. Beiseiteschaffen . . . . .	351
4. Verheimlichung . . . . .	354
5. Zerstörung, Beschädigung, Unbrauchbarmachen . . . . .	355
IV. Spekulationsgeschäfte und unwirtschaftliche Ausgaben gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB . . . . .	356
1. Verlust-, Spekulations- und Differenzgeschäfte . . . . .	357
2. Unwirtschaftliche Ausgaben, Spiel und Wette . . . . .	358
V. Waren- und Wertpapierverschleuderung gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB . . . . .	361
1. Kreditierte Waren und Wertpapiere als taugliche Tatobjekte . . . . .	361
2. Veräußerung unter Verstoß gegen den Wirtschaftlichkeitsgrundsatz . . . . .	362
VI. Vortäuschen von Rechten Dritter und Anerkennung fremder Rechte (Scheingeschäfte) gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB . . . . .	363
1. Rechte als taugliche Tatobjekte . . . . .	363
2. Vortäuschung oder Anerkennung . . . . .	364
B. Veränderung der Aufzeichnungen (§ 283 Abs. 1 Nrn. 5–7 StGB) . . . . .	365
I. Überblick . . . . .	365
II. Verletzung der Buchführungspflicht gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB . . . . .	366
1. Verpflichtung zum Führen von Handelsbüchern . . . . .	367
a) Handelsbücher als Tatobjekte . . . . .	367
b) Buchführungspflicht . . . . .	368
2. Unterlassung der Buchführung . . . . .	370
3. Mangelhafte Buchführung . . . . .	370
4. Unmöglichkeit der Handlungspflichterfüllung . . . . .	372
III. Unterdrücken von Handelsbüchern gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB . . . . .	372
1. Handelsbücher und sonstige Unterlagen als taugliche Tatobjekte . . . . .	373

2. Tatbestandliche Beeinträchtigungshandlungen . . . . .	374
3. Erschwerung der Übersicht über den eigenen Vermögensstand . . .	374
IV. Verletzung der Bilanzierungspflicht gemäß § 283 Abs. 1	
Nr. 7 StGB . . . . .	374
1. Mangelhaftigkeit der Bilanzaufstellung . . . . .	375
a) Bilanzbegriff . . . . .	375
b) Mangelhaftigkeit der Bilanz . . . . .	375
2. Unterlassung einer rechtzeitigen Bilanz- und Inventaraufstellung .	377
a) Bilanzen und Inventare . . . . .	377
b) Tathandlung . . . . .	378
C. Sonstige Veränderungen (§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB) . . . . .	379
I. Verringerung des Vermögensstandes gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 8, 1. Alt. StGB . . . . .	380
II. Verheimlichen oder Verschleiern der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 283 Abs. 1 Nr. 8, 2. Alt. StGB . . . . .	381
D. Herbeiführung der wirtschaftlichen Krise (§ 283 Abs. 2 StGB) . . . . .	383
E. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB) . . . . .	384
F. Besonders schwere Fälle (§ 283a StGB) . . . . .	386
I. Handeln aus Gewinnsucht (Nr. 1) . . . . .	386
II. Gefährdung vieler Personen (Nr. 2) . . . . .	387
1. Gefahr des Vermögensverlustes (1. Alt.) . . . . .	388
2. Wirtschaftliche Not des Opfers (2. Alt.) . . . . .	388
III. Sonstige besonders schwere Fälle . . . . .	389
G. Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB) . . . . .	390
H. Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB) . . . . .	392
I. Insolvenzdelikte im weiteren Sinne . . . . .	394
I. Vereitelung des Gläubigerzugriffs . . . . .	394
1. Vereitelung der Zwangsvollstreckung gemäß § 288 StGB . . . . .	394
a) Allgemeines . . . . .	394
b) Begünstigter . . . . .	394
c) Drohende Zwangsvollstreckung . . . . .	394
d) Vereitelte Vollstreckungshandlungen . . . . .	395
e) Veräußerung von Pfandgegenständen . . . . .	395
f) Vorsatz und Vereitelungsabsicht . . . . .	396
g) Teilnahme . . . . .	397
h) Absolutes Antragsdelikt . . . . .	397
i) Konkurrenzen . . . . .	397
2. Pfandkehr gemäß § 289 StGB . . . . .	397
a) Schutzzweck . . . . .	397

b) Begünstigter .....	398
c) Taterfolg .....	398
d) Vorsatz .....	399
e) Teilnahme, Versuch .....	399
f) Absolutes Antragsdelikt .....	399
II. Unrichtige Erklärungen zur Geschäfts- und Vermögenslage .....	399
1. Falsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung, § 156 StGB ..	399
a) Schutzzweck .....	399
b) Tatbestandsmäßiges Handeln .....	400
2. Unrichtige Registermitteilungen .....	400
a) Bedeutung .....	400
b) Aufbau der Straftatbestände .....	401
c) Strafprozessuales .....	403
d) Haftung .....	403
e) Gründungsschwindel .....	404
aa) Aktienrecht .....	404
bb) GmbH-Recht .....	405
f) Öffentliche Ankündigungen .....	407
g) Kapitalveränderungen .....	408
aa) Aktienrecht .....	408
bb) GmbH-Recht .....	409
h) Unrichtige Angaben bei Umwandlungsvorgängen .....	410
i) Mitteilungen des Abwicklers .....	410
j) Statusmitteilungen, insbes. Bestellungsverbot .....	410

## Teil 4

### Verteidigung von professionell an Sanierung und Insolvenz Beteiligten

A. Einführung .....	413
I. Aufgaben des Verteidigers .....	413
1. Professionelle Distanz .....	413
2. Mandatsübernahme und Erstberatung .....	416
3. Pflichten des Verteidigers .....	419
4. Vorgehen und Weisungen des Mandanten .....	420
5. Aufklärung über die Kosten .....	421
II. Verfahrensumfeld .....	422
1. Gläubigerstreitigkeiten .....	422
2. Insolvenzverwalterstreitigkeiten .....	423
3. Schuldnerstreitigkeiten .....	424
B. Insolvenzverwaltung .....	424
I. Aufgaben und Stellung .....	424
1. Endgültiger Insolvenzverwalter .....	424
a) Begriff, Aufgaben .....	424

b) Kompetenzen und Verantwortung .....	426
c) Beendigung der Stellung des Insolvenzverwalters .....	427
d) Haftung für Masseunzulänglichkeit .....	428
e) Schuldhafte Verletzung von Verwalterpflichten .....	430
f) Vorwerfbare Verletzung von Berufspflichten .....	431
2. „Starker“ vorläufiger Insolvenzverwalter .....	433
a) Begriff, Aufgaben .....	433
b) Verantwortung und Haftung .....	434
3. „Schwacher“ vorläufiger Verwalter .....	434
a) Begriff und Aufgaben .....	434
b) Verantwortung und Haftung .....	436
4. „Halbstarker“ Insolvenzverwalter .....	437
5. Insolvenzverwalter als Doppel-Treuhänder .....	438
6. Sachwalter .....	440
a) Eigenverwaltung .....	440
b) Schutzschirmverfahren .....	442
7. Verbraucherinsolvenzverfahren .....	443
II. Strafrechtliche Verantwortung .....	445
1. Überblick .....	445
a) Täterschaftliche Verantwortlichkeit des Insolvenzverwalters ..	445
b) Starker und schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter .....	447
c) Eigeninitiative des Insolvenzverwalters .....	448
d) Verantwortung für den Einsatz von Hilfskräften .....	449
2. Verstöße gegen erlaubnispflichtige Betriebsfortführung .....	450
3. Geheimnisverrat .....	452
a) Geheimnisbegriff .....	452
b) Aufgabe und Verantwortung des Insolvenzverwalters bezüglich des Geheimnisschutzes .....	454
c) (Kein) Schutz der Insolvenzverwaltergeheimnisse im Strafverfahren .....	457
4. Unterstützung von Straftaten des Insolvenzschuldners .....	458
a) Begünstigung .....	458
b) Strafvereitelung .....	459
c) Geldwäsche .....	461
5. Betrug .....	462
a) Warengeschäfte ohne Erfüllungsabsicht .....	462
b) Unrichtige Vergütungsabrechnungen .....	462
6. Untreue .....	464
a) Verfolgbarkeit des Insolvenzverwalters .....	464
b) Treuepflichten eines Insolvenzverwalters .....	465
c) Tathandlungen eines Insolvenzverwalters .....	466
d) Vermögensnachteil .....	469



e) Einverständnis .....	470
f) Beendigung der Treuepflicht .....	471
g) Beispiel: Anderkontenfall .....	471
7. Unrichtige Buchführung und Bilanzierung .....	471
8. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt .....	472
a) Nichtabführung fälliger Beiträge zur Sozialversicherung .....	472
b) Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge .....	474
III. Strafbarkeit des Sachwalters .....	475
IV. Strafbarkeit des Gläubigerausschusses .....	476
C. Sanierungsberatung .....	477
I. Überblick .....	477
1. Sanierungsberatung .....	477
a) Begriff, Rechtsnatur .....	477
b) Aufgabe, Mindestanforderungen .....	477
c) Aufklärungs-, Beratungs- und Hinweispflichten .....	478
2. Konflikte zwischen Sanierungspflicht und Insolvenzantragspflicht .....	479
a) Ausgangslage, Motivation .....	479
b) Einzelkaufmännische Unternehmen .....	482
c) Personengesellschaften .....	483
d) Kapitalgesellschaften .....	483
II. Strafrechtliche Verantwortung des Sanierungsberaters .....	484
1. Bankrottstraftaten durch Sanierungsmodelle .....	484
a) Freie Sanierung .....	484
b) Übertragende Sanierung im Auffang-Modell .....	485
c) Gründung einer reinen Sanierungsgesellschaft zu Finanzierungszwecken .....	485
d) Übertragung von Assets .....	486
e) Konkurrenz zum Altbetrieb .....	486
2. Bankrottstraftaten zugunsten von Gläubigerpools/Gläubiger- fonds .....	487
a) Gläubigerpool .....	487
b) Gläubigerfonds .....	488
3. Strafbarkeit eines Liquidators .....	489
4. Beihilfe zu Bankrott und Untreue .....	490
D. Finanzierungen .....	490
I. Überblick .....	490
1. Interessenlage .....	490
2. Sanierungskredite .....	492
3. Eingriff in die Übernahme der Geschäftsführung .....	497
4. Übernahme der Gesellschafterstellung .....	498

5. Haftung für Besserstellung .....	499
6. Haftung für öffentliche Äußerungen über die Kreditwürdigkeit ...	501
7. Kreditgeschäfte im Insolvenzeröffnungsverfahren .....	502
8. Haftung für pflichtwidrige Anlageempfehlungen .....	504
a) Haftung für fehlerhafte Information und Aufklärung .....	504
b) Wissensvorsprung .....	504
c) Überschreiten der Rolle der Kreditgeberin .....	506
d) Schaffung eines „besonderen Gefährdungstatbestandes“ .....	506
e) Aufklärung bei schwerwiegendem Interessenkonflikt der Bank .....	507
f) Haftung für das Handeln von Anlagevermittlern .....	507
II. Strafrechtliche Verantwortung .....	508
1. Beihilfe zur Insolvenzverschleppung .....	508
2. Stille Geschäftsinhaberschaft .....	509
3. Betrug .....	510
4. Gläubiger-/Schuldnerbegünstigung .....	510
E. Hilfeleistungen in Rechts- und Steuerfragen .....	511
I. Rechtsberatung .....	511
1. Interessenlage und Rechtsnatur .....	511
a) Grundsätzliche Pflichten .....	511
b) Sachverhaltsklärung .....	513
c) Rechtsklärung .....	513
d) Würdigung und Beratung des Mandanten .....	514
e) Schadensvermeidung .....	514
2. Zivilrechtliche Haftung .....	515
II. Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung .....	518
1. Interessenlage und Rechtsnatur .....	518
2. Haftung und Verantwortung .....	519
III. Strafrechtliche Verantwortung .....	520
1. Beihilfe durch „berufstypische Handlungen“ im Strafrecht .....	520
a) Rechtsprechungsgrundsätze .....	520
b) Begründungs- und Abgrenzungsansätze in der Literatur .....	522
c) Eignung der rechtsberatenden/steuerberatenden Arbeit .....	523
d) Doppelstufige Prüfung zur Annahme oder zum Ausschluss einer Strafbarkeit .....	523
2. Anstiftung .....	525
3. Täterschaft .....	526
a) Handlungsverantwortung .....	526
b) Unterlassungsverantwortung .....	526
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	529
<i>Stichwortverzeichnis</i> .....	537